

Forderung nach einem Haushalts-Titel „Friedenskonsolidierung und Krisenprävention“ im Auswärtigen Amt

AUFTRAG-Interview mit MdB Lothar Mark (SPD), Mitglied im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages und Berichterstatter der SPD-Fraktion für den Haushalt des Auswärtigen Amtes. Die Fragen für AUFTRAG stellte Major a.D. Klaus Liebetanz, Mitglied im GKS-Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“.

AUFTRAG: Herr Abgeordneter, Sie haben sich am 12. Oktober 2007 anlässlich der namentlichen Abstimmung im Deutschen Bundestag zum Einsatz deutscher Streitkräfte in Afghanistan in einer persönlichen Erklärung kritisch zum Mittelansatz der deutschen Beteiligung geäußert. Was waren Ihre wesentlichen Argumente?

MdB Lothar Mark: Ich habe damals einer Fortsetzung der deutschen Beteiligung am ISAF-Einsatz in Afghanistan und damit auch einer deutlichen Aufstockung der Mittel für den zivilen Aufbau und die Schulung der Polizei zugestimmt. Gleichzeitig aber habe ich kritisch auf das Ungleichgewicht bei den Ausgaben für den zivilen Aufbau und die militärische Absicherung in Afghanistan hingewiesen. Deutschland verwendet jährlich mehr als fünf Mal so viel Mittel für das Militär wie für die Entwicklungszusammenarbeit. Das Verhältnis beim rechtsstaatlichen Polizeiaufbau beträgt sogar 20 zu 1 zu Gunsten der Ausgaben für das Militär. Auf lange Sicht müssen die extrem teuren deutschen Soldaten schrittweise durch gut ausgebildete, motivierte und gut verdienende afghanische Soldaten ersetzt werden, um die frei werdenden Mittel verstärkt für den zivilen Ausbau einsetzen zu können.

AUFTRAG: Nach Auffassung der Bundesregierung wird der Einsatz deutscher Kräfte in Afghanistan noch mindestens 10 Jahre andauern. Werden Sie sich als Mitglied des Haushaltsausschusses und Berichterstatter für den Haushalt des Auswärtigen Amtes in den folgenden Jahren für ein schlüssiges und zielführendes Gesamtkonzept des deutschen Afghanis-

taneinsatzes stark machen, damit deutsche Steuermittel nicht sinnlos ausgegeben werden?

L. Mark: Der Ansatz für zivile Maßnahmen wie z.B. ein effektiver Polizeiaufbau, die Durchführung von Entwicklungsprojekten zur Schaffung von Arbeitsplätzen muss kontinuierlich gesteigert sowie der Ausbau von rechtsstaatlichen Einrichtungen vorangetrieben werden, ohne dass dabei die militärische Absicherung des Friedensprozesses vernachlässigt wird.

Kräfte am Friedensprozess beteiligen.

Grundsätzlich muss der Auslandseinsatz deutscher Streitkräfte zur Deeskalation und zur Friedensbildung beitragen.

AUFTRAG: Waren Sie bereits Ende 2007 bei den Beratungen im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages für den Haushalt 2008 in der Verfolgung eines zielführenden Gesamtansatzes bezüglich des Afghanistaneinsatzes erfolgreich?



Lothar Mark, SPD

Bürgermeister a.D., Studiendirektor a.D.
* 27.07 1945 in Waldmichelbach/Odenwald;
ev.; verh., 2 Kinder.

Abitur, Studium der Geschichte, Geographie
und Politologie,
1972 StudAss in Mannheim,
1975 Studienrat, 1980 Oberstudienrat,
1987 Studiendirektor
1989-98 Bürgermeister der Stadt Mannheim,
Dezernent für Kultur, Schulen, Sport- und Bäderwesen.
Mitglied der SPD seit 1970

Mitglied des Bundestages seit 1998; Beauftragter der SPD-Fraktion für Lateinamerika.
Mitglied im Haushaltsausschuss des Dt. Bundestages.
Stellvertretendes Mitglied im Auswärtigen Ausschuss

Website: www.lothar-mark.de

(Quelle: www.Bundestag.de/mdb)

Ziel der gesamten Operation muss ein sich selbst tragender Friedensprozess in Afghanistan sein. Der Einsatz in Afghanistan muss verstärkt ein afghanisches Gesicht bekommen. „Ownership“ (Eigenverantwortlichkeit) als Ziel ist Voraussetzung für das Gelingen in Afghanistan, aber auch in anderen Regionen der Welt, wo sich deutsche

L. Mark: Tatsächlich ist es uns mit Unterstützung des Außenministers gelungen, eine Verdreifachung der Mittel für den Aufbau der afghanischen Polizei (von 12 Mio. auf 35 Mio. Euro) zu erreichen. Hierbei möchte ich auch auf die ausgezeichnete Zusammenarbeit mit meinem Berichterstatterkollegen der Koaliti-

onsfraktion, Herbert Frankenhauser (CSU), verweisen.

AUFTRAG: *Halten Sie die Haushaltsmittel für Krisenprävention und ziviles Peace Keeping gemäß dem Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ als Berichterstatter für den Einzelplan 05 (Auswärtiges Amt) für ausreichend? Müsste dieser Aktionsplan der Bundesregierung nicht endlich auch finanziell in die Praxis umgesetzt werden?*

L. Mark: Ja. Das Auswärtige Amt muss in der Tat mehr Mittel für eine angemessene zivile Konfliktbearbeitung erhalten. Das ist aus der Sicht eines Haushälters allemal preiswerter, bevor ein Konflikt in die militärische Dimension wechselt. Im Sinne von Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit habe ich mich bereits 2007 dafür eingesetzt, dass beim Auswärtigen Amt, das in diesem Bereich die Hauptverantwortung trägt, ab 2009 ein eigener Titel „Friedenskonsolidierung und Krisenprävention“ geschaffen wird, der mit rund 1,5 bis 2 Mrd. € ausgestattet werden und alle Mittel enthalten sollte, die aus den verschiedenen Ressorts in diese Aufgaben fließen. Mit Hilfe dieser Mittel sollte es möglich sein, schnell und strategisch abgestimmt auf verschiedene Krisensituationen und den dringendsten Bedarf reagieren zu können.

AUFTRAG: *Zum Abschluss noch eine persönliche Frage: Welchen Einfluss hat Ihr christlicher Glaube auf ihre Arbeit im Deutschen Bundestag und Ihre Entscheidungen im Haushaltsausschuss?*

L. Mark: Ich gehe den ehrlichen, geraden Weg, auch wenn dieser einigen in Fraktion und Partei nicht immer gefällt. Grundsätzlich bin ich nicht bereit, gegen mein Wissen und Gewissen abzustimmen.

Für mich ist es auch ein Gebot der christlichen Nächstenliebe, einem oft als Spielball postkolonialer Interessen seit 25 Jahren von Krieg und Bürgerkrieg gebeutelten Land wie Afghanistan im Rahmen unserer Möglichkeiten beim zivilen Aufbau des Landes zu helfen. □

„weltwärts“

Regierung startet den weltweiten Freiwilligendienst

VON KNA-REDAKTEUR CHRISTOPH STRACK

Beim Entwicklungsministerium stapeln sich Anfragen und Anträge. Seit Januar 2008 setzt die Regierung auf „weltwärts“, einen neuen Freiwilligendienst für junge Leute, die sich in Entwicklungsländern engagieren wollen. „Allein in unserem Haus landeten in den ersten Wochen nach der Vorstellung des Projekts weit über 1.000 Anfragen“, sagt Ministeriumssprecher Holger Illi.

Ministerin Heidemarie Wiczeorek-Zeul (SPD) hat die ersten knapp 50 Freiwilligen am 17. Januar in Berlin verabschiedet; sie gehen nach Afrika, Lateinamerika, Asien. Die Ministerin, die das Thema früh zur eigenen Sache machte, spricht von einem einzigartigen Angebot. Immer mehr junge Menschen spürten die Bedeutung von sozialem Engagement und globaler Gerechtigkeit, sagte sie bei der Vorstellung. In einer dreijährigen Testphase können junge Erwachsene nun zwischen 6 und 24 Monaten hinausziehen.

Für maximal 10.000 Freiwillige pro Jahr will das Ministerium bis zu 70 Millionen Euro bereitstellen. Im ersten Jahr sollen es voraussichtlich bis zu 3.000 junge Leute sein, die Erfahrungen fürs Leben sammeln wollen. Für „weltwärts“ engagieren sich bislang gut zwei Dutzend vom BMZ anerkannte Organisationen. Darunter der Deutsche Entwicklungsdienst (DED), der im ersten Jahr auf 300 Teilnehmer kommen will. Dort gab es schon jetzt fast doppelt so viele Anfragen. Eine Stellenbörse im Internet nimmt 2008 ihren Betrieb auf.

Immer schon zogen einzelne hinaus in die Welt, um zu helfen und Erfahrungen zu sammeln. Doch bislang ist das mit hohen Kosten verbunden. Künftig erhalten die Organisationen, die Freiwillige entsenden, für jeden Teilnehmer bis zu 580 Euro monatlich, für Unterkunft und Taschengeld, Versicherungsschutz und Unterstützung der Projektpartner vor Ort. Vorgesehen ist, dass die jungen Leute in ihrem eigenen Umfeld möglichst Spenden von bis zu 150 Euro pro Monat mobilisieren, um auch als Multiplikatoren zu fungieren. Zudem signalisiert der Staat bei weiteren Punkten Anerkennung; so erkennt die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen die Dienstzeit als Wartezeit an, bei männlichen Absolventen kann das „weltwärts“-Engagement zudem den Zivildienst ersetzen.

Ein Schwerpunkt der Einsätze soll nach den Vorstellungen der Ministerin in afrikanischen Ländern liegen. Als Themenfelder nennt sie Umwelt- und Landwirtschaftsprojekte, Bildungs- und Menschenrechtsarbeit. „Die Erfahrung wird auch für ihre eigene Zukunft wichtig sein“, so die Ministerin. Letztlich reagiert Berlin auch darauf, dass Deutschland bei internationalen Bewertungen im Bereich der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit und der Einbeziehung der Zivilgesellschaft in dieses Engagement schlechte Noten erhielt. (KNA)

Hinweis: Näheres unter www.weltwaerts.de